

GEGENSTEUERN



Das Steuer-Reformpapier der KSW



Steuersystem vereinfachen,

Steuerlast reduzieren,

Österreich lebenswerter und
wettbewerbsfähiger machen

Die Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen (KSW) fordert eine grundlegende Neuaufstellung des österreichischen Steuersystems ein. Der Fachsenat für Steuer- und Sozialrecht der KSW hat dazu konkrete Forderungen an die neue Bundesregierung erarbeitet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Vereinfachung / Mobilisierung & der Besteuerung von Arbeitseinkommen.

Die Ausgangslage.

Die globale Entwicklung setzt Österreich als Wirtschaftsstandort und Lebensmittelpunkt unter Druck. Die heimische Industrie befindet sich im dritten Rezessionsjahr. Wenn die Politik jetzt keine klaren Entscheidungen trifft, dann wird Österreich im internationalen Vergleich weiter absinken.

- › Österreich hat gemäß den zuletzt veröffentlichten Daten im Jahr 2022 mit 43,1 % des BIP die dritthöchste Abgabenquote innerhalb der OECD und wird nur noch von Frankreich mit 46,08 % und Norwegen mit 44,3 % übertroffen. Im Durchschnitt haben die OECD-Länder 2022 eine Abgabenquote von rund 34 % des BIPs.
- › Der sogenannte „Steuerkeil“ (das ist die Differenz zwischen den Arbeitskosten des Arbeitgebers und dem Nettoverdienst des Arbeitnehmers) liegt laut der „Taxing Wages“-Studie der OECD im Jahr 2023 in Österreich bei 47,2 Prozent. Damit ist Österreich unter den Top 3.
- › Laut dem IMD World Competitiveness Yearbook 2024 (<https://worldcompetitiveness.imd.org/>) ist Österreich demgegenüber vom Rang 16 in 2020 auf Rang 26 in 2024 abgestürzt (von 67 Volkswirtschaften).

Zu hoch, zu viel!

„Zu hoch, zu viel!“

Österreichs größte Schwachstellen in der Steuerpolitik.

- › Zu hohe Gesamtsteuerbelastung
- › Zu hohe Personensteuern
- › Zu hohe Sozialversicherungsbeiträge
- › Steuer- und Abgabensystem viel zu komplex
- › Zu viel Bürokratie

Wohin der Weg führen muss.

- 1. Vereinfachung als oberste Maxime.** Besteuerung an der Quelle bei einer einheitlichen Bemessungsgrundlage und einem einheitlichen Steuersatz. Möglichst wenige Änderungen in diesem System, um Übergangsregelungen zu vermeiden.
- Steuerpolitische Festlegung: **Wirtschaftliche Entscheidungen von Unternehmen so wenig wie möglich beeinflussen** (Investitions- und Finanzierungsneutralität der Besteuerung)
- Steuerpolitische Festlegung: **Kategorisches Nein zur Einführung neuer Steuern.** Insbesondere Vermögenssteuern bergen das Risiko, dass die Kapitalbildung gebremst wird. Bei ausländischen Investoren wäre mit einer Kapitalflucht zu rechnen. Überdies steigt damit das Risiko der Abwanderung von High Potentials und Know-how-Trägern, die die zentralen Erfolgsfaktoren des zukünftigen österreichischen Wachstums darstellen.
- 4. Arbeit steuerlich entlasten** – mehr Nettoeinkommen ist mehr Wohlstand ist mehr Konsum. Wichtiger Aspekt: Bleibt dem Arbeitnehmer mehr netto vom brutto, müssen Lohnabschlüsse weniger hoch ausfallen – dies reduziert die Inflation!
- 5. Arbeitskosten steuerlich entlasten** – Unternehmen entlasten – ist mehr Liquidität für Innovation – ist mehr Wettbewerbsfähigkeit – ist mehr Beschäftigung – ist mehr Attraktivität für ausländische Fachkräfte
- 6. Weniger Bürokratie/Vereinfachung.** Immer mehr administrative Belastungen kosten Unternehmen Zeit und Geld, bringen massive Rechtsunsicherheit und müssen reduziert werden. Die Analyse des Global Competitiveness Reports belegt, dass die Komplexität des österreichischen Steuerrechts bereits so hoch ist, dass Lenkungswirkungen von steuerlichen Maßnahmen bereits völlig verloren gegangen sind.
- 7. Stärkung des Eigenkapitals in der Unternehmensfinanzierung.** Noch immer ist Europa viel zu stark durch Banken finanziert. In der Eurozone liegen weit über 8 Billionen Euro von 200 Mio Haushalten auf Sparbüchern. Geld, das als Eigenkapital die Unternehmen stärken könnte, ihnen ermöglichen würde in nachhaltige, ökologische Projekte zu investieren.

Wohin der Weg führen muss.

Nur wenn es uns gelingt, **privates Eigenkapital** zu **mobilisieren** und in innovative Unternehmen zu lenken, dann kann der **Green Deal** gelingen. Dafür braucht es **Steuervorteile** für die Erreichung von **Nachhaltigkeitszielen** und Anreize, um Kapital in Unternehmen zu investieren.

- a.** Finanzierungsneutrale Besteuerung, also die steuerliche Gleichbehandlung von Eigenkapital und Fremdkapital. Mit einer Eigenkapitalverzinsung, also fiktiven Zinsen, die für zur Verfügung gestelltes Eigenkapital steuerlich geltend gemacht werden können.
- b.** Kapitalertragsteuer von Ausschüttungen oder Dividenden rückerstatten, wenn diese Beträge später als Eigenkapital wieder in das Unternehmen zurückfließen.
- c.** Kapitalgewinne aus gewünschten und notwendigen Investitionen (teilweise) steuerfrei.
- d.** Steuerfreiheit von Kapitalgewinnen oder auch die uneingeschränkte Abzugsfähigkeit von realisierten Verlusten.

8. Abgabenrecht muss international konkurrenzfähig sein

9. Größere Reform des Finanzstrafrechtes – keine überbordende Sanktionierung von Fehlern, die großteils auf die Komplexität des Steuerrechts zurückzuführen sind.

Das Steuerreform-Papier in seiner Langversion finden Sie unter www.ksw.or.at